

Volksbefragung – Kurze Erläuterung einer Idee:

von Hans-Dieter Bottke

Ich habe bei meiner Frageaktion zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im März 2026 zum Thema ‚Deutsche Sprache‘ in Abstimmung mit dem ‚Verein Deutsche Sprache e.V. (VDS)‘ fünf Wahlprüfsteine formuliert und diese zur Beantwortung im Vorfeld der Wahl an alle Parteien und deren Spitzkandidaten geschickt, die im zu dieser Zeit aktuellen Landtag mit Abgeordneten vertreten waren. Ich selber bin seit vielen Jahren Mitglied im VDS und dort ehrenamtlich im Vorstand für die Region des Mittleren Rheinland-Pfalz einschließlich der Hauptstadt Mainz tätig.

Es gibt zwar in den Bundesländern – so auch in Rheinland-Pfalz – bereits bestehende verfassungsrechtlich geregelte Möglichkeiten zur Volksabstimmung, aber diese sind mit zahlreichen rechtlichen Bedingungen verknüpft, welche oftmals so hohe Hürden für engagierte Bürger oder gemeinnützige Vereine darstellen, dass diese selbst von den vorhandenen, begrenzten Möglichkeiten keinen Gebrauch machen bzw. machen können, beispielsweise weil sie bestimmte Quoren zur Durchführung eines Volksentscheides nicht erfüllen konnten.

Außerdem bestehen zahlreiche weitere rechtliche Regelungen und Einschränkungen zur inhaltlichen Ausgestaltung einer rechtsverbindlichen Volksabstimmung. Für all das gibt es in vielen Punkten gute und nachvollziehbare Gründe, so unter anderem auch jenen der Praktikabilität hinsichtlich der realpolitischen Auswirkungen beim Versuch der Umsetzung von solchen Entscheiden durch das Parlament und die Regierung.

Aufgrund dessen und vieler weiterer Punkte habe ich den Vorschlag zu einer **rechtlich nicht verbindlichen Volksbefragung** formuliert:

Vorab möchte ich betonen, dass es sich dabei zunächst um eine Idee zur kurzfristig rechtlich ganz einfach umsetzbaren Möglichkeit handelt, die Bürger stärker direkt in den politischen Diskurs und damit auch Meinungsbildungsprozess einzubeziehen. Denn deren Meinung – und zwar der **aller Bürger** – wird direkt abgefragt. Selbst bei repräsentativen Meinungsumfragen sind es immer nur zahlenmäßig sehr wenige Menschen, allein schon aus Kosten- und damit Praktikabilitätsgründen. Und es spricht auch überhaupt nichts gegen diese Umfragen. Mein Vorschlag zur Volksbefragung aller Bürger zielt auch gar

nicht darauf ab, solche Umfragen zu ersetzen, sondern diese durch eine Volksbefragung zu ergänzen. Denn eine solche Befragung, bei der alle Bürger angesprochen und nach ihrer Meinung gefragt werden, hat natürlich eine viel größere politische Bedeutung als eine Meinungsumfrage und zwar in mehrfacher Hinsicht:

1. Die Bürger fühlen sich im politischen Diskurs viel stärker direkt einbezogen und damit ernst genommen: Denn immer mehr Menschen im Land fühlen sich eben genau das nicht, also ernst genommen zu werden von den etablierten Vertretern der Politik. Die Kluft zwischen den sogenannten normalen Bürgern und ihren Volksvertretern wächst seit Jahren, ja, seit Jahrzehnten, und das ist bedenklich für eine Demokratie.
2. Es würden Themen und Vorschläge aus der Mitte der Gesellschaft, die von den etablierten politischen Kräften aus Sicht vieler Bürger bisher vernachlässigt oder gar ignoriert worden sind, viel stärker im politischen Diskurs zur Geltung gebracht werden.
3. Die politisch Verantwortlichen könnten sich den konkret geäußerten Ansichten und Wünschen der Bürger im Rahmen einer Volksbefragung nicht so einfach entziehen und diese weg ignorieren, wie dies in der Vergangenheit nach Einschätzung vieler Bürger der Fall gewesen ist.
4. Daher böten solche Volksbefragungen eine Chance, mehr Bürger aktiv in den politischen Meinungsbildungsprozess miteinzubeziehen und somit unsere Demokratie zu stärken.

Allein diese vier Gründe sprechen meiner Meinung nach dafür, zumindest einmal diese Möglichkeit von Volksbefragungen ernsthaft zu erörtern und dann auch einmal versuchsweise durchzuführen. Und genau das habe ich beim Thema ‚Deutsche Sprache‘ im Rahmen meiner oben erwähnten Frageaktion zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz in meinem fünften Wahlprüfstein vorgebracht und meine konstruktive, ehrenamtliche Mitwirkung bei der Umsetzung angeboten.

Es liegt nun an den Parteien und deren Vertretern, ob und inwiefern sie meinen Vorschlag und meine Mitwirkung annehmen werden.

Als ersten konkreten Schritt biete ich hiermit nochmals allen interessierten politischen Parteien in Rheinland-Pfalz das Gespräch sowohl über von mir und dem VDS vertretene Inhalte zum Thema ‚Deutsche Sprache‘ als auch zur Umsetzung meines Vorschlages zur Volksbefragung an.

Nachfolgend zitiere ich – nach der Kurzaufzählung der vier vorherigen Wahlprüfsteine – meinen fünften Wahlprüfstein:

1. Wahlprüfstein: Deutschkenntnisse beim Schuleintritt
2. Wahlprüfstein: Deutsch in Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen
3. Wahlprüfstein: Gendergerechte Sprache
4. Wahlprüfstein: Deutsch ins Grundgesetz
5. **Wahlprüfstein: Volksbefragung zum Themenbereich ‚Deutsche Sprache‘ durch die Landesregierung oder den Landtag:** Die vier oben aufgeführten Wahlprüfsteine böten eine gute thematische Anregung für eine solche Befragung, weil die dort angesprochenen Punkte auf großes Interesse in der Bevölkerung stoßen würden. Unterhalb einer rechtlich verbindlichen Volksabstimmung könnte man eine rechtlich unverbindliche Volksbefragung durchführen. Dabei biete ich ganz persönlich meine Mitarbeit als vielfach ehrenamtlich engagierter Bürger an. Wird Ihre Partei nach der Wahl eine Volksbefragung zu diesem Themenbereich im Landtag oder gegebenenfalls in der Landesregierung unterstützen und dabei im gesamten Prozess konstruktiv mitwirken? Und wenn ja, in welcher Form?

Ich biete hiermit – neben den bei meiner Frageaktion angeschriebenen Parteien – auch Medien sowie anderen Interessierten einen konstruktiven Austausch über meinen oben gemachten Vorschlag zur Volksbefragung an.

Wer also mein Gesprächsangebot annehmen möchte, kann sich gerne unter der unten angegebenen Kontaktadresse bei mir melden.

Kontakt: Dr. Hans-Dieter Bottke, Idar-Oberstein, info@drbottke.de